

Stellungnahme

Eingebracht von: Francz, Walter

Eingebracht am: 13.07.2018

Gegen die Aufhebung des Amateurfunkgesetz (AFG) ohne Grundlage sprechen folgende Punkte:

- a) Die fehlende Verordnung lässt viele Fragen offen
- b) Die Änderung der Definition des Amateurfunkdienstes widerspricht internationalem und nationalem Recht
- c) Die neue Verpflichtung zur Unterstützung des Notfunkverkehrs muss entsprechende Auslagen beim Einsatz abdecken
- d) Die bisher zulässige „Remote Funkstation“ wird durch neue Genehmigungsverfahren eingeschränkt
- d) Das Recht auf Erteilung einer Amateurfunkbewilligung wird eingeschränkt
- e) Der Schutz von Amateurfunkstationen vor Störungen soll entfallen
- f) Erlöschen der Amateurfunkbewilligungen bringt enormen Verwaltungsaufwand
- und g) eine erhebliche Rechtsunsicherheit bei der Rufzeichenvergabe und -verlängerung
- h) Nachrichteninhalt
- i) Die Valorisierung der Gebühren belastet die Funkamateurinnen und Funkamateure über Maßen